

# Deutschland in einer unübersichtlichen Welt

Gregor Gysi

Wenn man sich die aktuelle Weltlage anschaut, bemerkt man eine große Unübersichtlichkeit. Bei den Menschen herrscht eine Verunsicherung darüber, wohin die Reise in diesem Land und in der Welt insgesamt geht. Die Verunsicherung betrifft vor allem drei Fragen, die eng miteinander zusammenhängen: die Frage von Krieg und Frieden, die Frage der sozialen Spaltung in Deutschland, Europa und der Welt und die Klimafrage.

Das große Problem besteht im absichtsvollen Abschied von einer Kultur des Dialogs, des Respekts und der gemeinsamen Sicherheit in den internationalen Beziehungen. Ich sehe keine Bemühungen, dahin zurückzukehren. Im Gegenteil! Die Bundesregierung trägt den Konfrontationskurs der USA gegenüber Russland ohne Sinn und Verstand mit. Schlimmer noch, wenn US-Präsident Trump doch mal einen lichten Moment hat und Russland wieder klarer in die Lösung internationaler Konflikte einbeziehen möchte, erheben sich umgehend mahnende Stimmen, dass sich „der Westen“ mit Putin nicht gemein machen dürfe. Dies leider auch durch die Bundeskanzlerin.

Russland holte sich völkerrechtswidrig die Krim, es stützte sich aber darauf, dass die NATO mit Deutschland völkerrechtswidrig, das heißt unter Verletzung der territorialen Integrität, ohne Zustimmung Serbiens das Kosovo abtrennte. Beim Kosovo habe ich im Bundestag gewarnt, dass SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP ein negatives völkerrechtliches Beispiel schaffen. Aber es interessierte sie nicht, weil der Westen so sehr gegen Russland siegte, dass er meinte, das Völkerrecht nicht mehr zu benötigen. Das galt schon für den Krieg gegen Jugoslawien. Auf den Kosovo stützen sich übrigens auch die Katalanen in Spanien und die Kurden im Nordirak. Übrigens, wer nicht aufhören kann zu siegen, wie schon bei der Herstellung der deutschen Einheit, verliert eines Tages beachtlich.

Die NATO will, mit Zustimmung der Bundesregierung, dass jedes Mitgliedsland mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes fürs Militär ausgibt. Weil Deutschland davon noch weit entfernt ist – ich sage



Heiteres Aufrüsten in trauter Runde: NATO-Generalsekretär Stoltenberg, Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundeskanzlerin Merkel

glücklicherweise weit entfernt ist – beschimpft US-Präsident Trump die Kanzlerin. Und sofort rufen Frau Merkel und Frau von der Leyen: „Hier. Wir schaffen es vielleicht nicht ganz, aber wir arbeiten dran!“ Man darf aber zu Herrn Trump auch mal ein klares Nein sagen. Allerdings braucht man dann etwas Kreuz im Rücken.

2017 wurden bei uns mit 37 Milliarden schon zwei Milliarden mehr für Militär ausgegeben als im Vorjahr. Das waren aber erst 1,22 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In diesem Jahr werden es 38,5 Milliarden Euro sein. 2019 sollen fast 43 Milliarden Euro ins Militär fließen. Übrigens zum Vergleich: Für Bildung und Forschung sollen 2019 weniger als die Hälfte, nämlich 18,2 Milliarden Euro, im Bundeshaushalt ausgegeben werden, für Gesundheit und Pflege sind mit 15,2 Milliarden noch weniger geplant. Und wenn 2024 die 2 Prozent erreicht würden, müssten 75 Milliarden Euro für Rüstung und Militär ausgegeben werden – eine gigantische Aufrüstung, eine gigantische Verschleuderung von Steuermitteln. Selbst wenn „nur“ 1,5 Prozent erreicht würden, wären das mit 57 Milliarden Euro 2024 20 Milliarden mehr als im letzten Jahr.

Und das alles, obwohl es keinen Staat gibt, der die Absicht hat, Deutschland militärisch anzugreifen; obwohl heute schon die NATO-Staaten für Rüstung 900 Milliarden Dollar ausgeben, Russland hingegen 66

Milliarden Dollar, ohne militärische Verbündete. Die Rüstungsexporte der großen Koalition sind in den letzten vier Jahren insgesamt um 21 Prozent gestiegen, in Staaten außerhalb der EU und NATO sogar um 47 Prozent. CDU/CSU und SPD schaffen damit direkt neue Fluchtursachen und machen Deutschland indirekt zum Beteiligten aller Konflikte. Alle 14 Minuten stirbt jemand auf der Welt durch eine deutsche Waffe.

Deutschland ist also aktiv daran beteiligt, die Weltlage zuzuspitzen, statt – auch eingedenk unserer historischen Verantwortung für zwei Weltkriege – die Rolle eines aktiven Vermittlers einzunehmen. Aus meiner Sicht könnte Deutschland mit folgenden vier Schritten in diese Rolle wachsen:

- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland;
- klares Bekenntnis, dass Deutschland nicht 2 Prozent des BIP fürs Militär ausgeben wird und sich auch nicht in diese Richtung drängen lässt;
- deutliche Reduzierung der Rüstungsexporte und komplette Unterlassung von Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete und
- schrittweiser Ausstieg aus den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Weil es so unübersichtlich ist und weil sich die herrschende Politik national und international den Herausforderungen so wenig gewachsen zeigt, haben Verheißungen von scheinbar einfachen Lösungen, die meist mit einer Absage an die sogenannten Altparteien verbunden sind, gerade großen Zulauf. Deshalb ist die erste Aufgabe der Politik, dass sie die große Unübersichtlichkeit ordnet und aufklärt. Es zumindest versucht! 🌐

**Dr. Gregor Gysi**

geb. 1948, Präsident der Europäischen Linken und Bundestagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE

